

Der Nationale Dialog als Instrument zur Konfliktregelung und politischen Transformation am Beispiel der arabischen Welt¹

JENS HEIBACH

Versteht man den Nationalen Dialog als ein Instrument zur Beilegung nationaler Konflikte, so ist es nur konsequent anzunehmen, dass er vornehmlich in Zeiten schwerer Krisen das Licht der Welt erblickt. Und da in diesen Tagen die über Jahrzehnte hinweg mehr oder weniger verdeckten gesellschaftspolitischen Konflikte in der arabischen Welt offen und heftig zutage treten, haben seine Geburtswehen bisweilen sogar Auswirkungen auf liebgegewonnene Gewohnheiten vieler Bundesbürger. So verkündete der Kronprinz von Bahrain, Salman bin Hamad Al Khalifa, rund drei Wochen vor dem diesjährigen Formel 1-Saisonstart die Absage des Auftaktrennens in Sakhir. Angesichts der Protestwelle, die kurz zuvor auch den kleinen Golfstaat erfasst hatte, gelte »die gesamte Aufmerksamkeit des Landes dem Aufbau eines neuen nationalen Dialogs«.²

Seit dem Anbruch des arabischen Frühlings zu Beginn dieses Jahres mehren sich die Ankündigungen von Nationalen Dialogen in den von den Unruhen betroffenen Staaten der Region. In Syrien und dem Jemen wird derzeit kontrovers über einen Nationalen Dialog zur Beilegung der Krise diskutiert. König Abdullah II. von Jordanien initiierte einen solchen schon im März. Im Libanon, Palästina und Saudi-Arabien ist er, wenngleich unter anderen Vorzeichen, seit Jahren im Gange. Offensichtlich ratlos angesichts des brutalen Vorgehens Muammar al-Gaddafis gegen die eigene Bevölkerung appellierten auch die in Brüssel versammelten EU-Außenminister noch vor dem NATO-Einsatz an das Regime in Tripolis, auf die »berechtigten Wünsche und Forderungen des Volkes nach Reform« einzugehen und einen Nationalen Dialog über eine »konstruktive Zukunft« des Landes zu lancieren.³

1. Dieser Beitrag wurde im Juli 2011 abgeschlossen. Alle Übersetzungen aus dem Arabischen und Englischen stammen vom Autor.
2. ZEIT Online, 21.02.2011: Formel 1 wegen Unruhen abgesagt; <http://www.zeit.de/sport/2011-02/formel-bahrain-abgesagt> (aufgerufen am 2.6.11).
3. FAZ, 22.02.2011: EU-Außenminister verlangen Ende der Gewalt gegen Zivilisten.

Doch was ist ein Nationaler Dialog überhaupt? Die erwähnten Beispiele deuten bereits an, dass seine Erscheinungsformen und Funktionen deutlich variieren können. Während ihn manche Akteure in der Region derzeit als Chance zur Aushandlung demokratischer Reformen verstehen, diene er in anderen Fällen zur Bestimmung einer politischen Nachkriegsordnung oder als Instrument zur Aufarbeitung vergangener Menschenrechtsverletzungen. Da eine umfassende Untersuchung dieses Phänomens bislang noch nicht erfolgt ist, stellt dieser Beitrag daher einen ersten Versuch dar, die unterschiedlichen Formen des Nationalen Dialogs in autoritären und postautoritären Systemen am Beispiel der arabischen Welt zu bestimmen und theoretisch zu verorten. Exemplarische Analysen vergangener Nationaler Dialoge sollen dabei helfen, Rückschlüsse für aktuell geführte oder demnächst anstehende zu ziehen. Hierbei wird argumentiert, dass der Nationale Dialog nur unter bestimmten Ausgangsbedingungen an die Tradition der Runden Tische in den Demokratisierungsprozessen ehemaliger Ostblock-Staaten anknüpfen und einen Beitrag zur friedlichen Konfliktregelung leisten kann.

Konzeptionelle Verortung Nationaler Dialoge

Wie bereits erwähnt, handelt es sich bei der Instanz des Nationalen Dialogs nicht um eine politische Neuheit der jüngsten Umbrüche. Auch ist er nicht auf die arabische Welt beschränkt. Vergleichbare Projekte in Ruanda, Togo, Ecuador, Nicaragua, Bolivien oder der Nationale Dialog zur Sozialpolitik in der Schweiz zeugen vielmehr von einer weiten Verbreitung. Aufgrund landesspezifischer Begleitumstände unterscheiden sich diese oftmals in Zielsetzung, Agenda sowie Anzahl und Zusammensetzung der beteiligten Akteure, um nur einige Beispiele zu nennen. Um alle seine Erscheinungsformen erfassen zu können, empfiehlt sich entsprechend eine weit gefasste Definition. Unter einem Nationalen Dialog wird daher im Folgenden die argumentative Interaktion politischer Eliten im Rahmen eines institutionalisierten oder nicht-institutionalisierten Prozesses außerhalb des Verfassungsgefüges und etablierter Interessenverbände verstanden, die auf die Verhandlung soziopolitischer Fragen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung unter möglichst breiter Beteiligung relevanter Akteure auf nationaler Ebene abzielt.

Lässt man aus analytischen Gründen zunächst unberücksichtigt, dass eine Initiierung durch herrschende Eliten oftmals mit dem Ziel

der Herrschaftssicherung erfolgt, können idealtypisch zwei übergeordnete Funktionen des Nationalen Dialogs unterschieden werden: Zum einen kann er, ganz im Sinne der Vertragstheoretiker, die Erneuerung des Vertrags zwischen Herrschern und Beherrschten bezwecken. Diese rein herrschaftspolitische Dimension muss jedoch um eine gesellschaftspolitische ergänzt werden. Denn häufig stellt der Nationale Dialog auch den Versuch dar, einen gesamtgesellschaftlichen Konsens in einer relevanten und in der Regel umstrittenen Frage (wieder-)herzustellen. Hierbei kann es sich etwa um die Suche nach einer nationalen Identität handeln, wie dies Ahmed Abdalla (2004: 56) für Ägypten beschreibt. Ein gesamtgesellschaftlicher Konsens kann aber auch in weniger grundsätzlichen Bereichen angestrebt werden. So empfehlen die arabischen Entwicklungsökonom Ziyad Abdel Samad und Kinda Mohamadiyah (2011: 115) in einer jüngst erschienenen Studie den »Anstoß eines breiten Nationalen Dialogs zur Etablierung eines neuen ökonomischen und sozialen Modells«. Nur über einen so erreichten gesellschaftlichen Konsens könnten die entwicklungspolitischen Herausforderungen der arabischen Welt gemeistert werden und die Demokratisierungsprozesse langfristig erfolgreich sein.

Die hier vorgeschlagene Definition sowie die idealtypische Einteilung allgemeiner Funktionen besitzen meines Erachtens auch außerhalb des Nahen Ostens und Nordafrikas Gültigkeit. Allerdings resultieren mindestens zwei Probleme aus ihrer Anwendung. Zum einen können laut Definition auch Veranstaltungen wie die 2004 bis 2005 tagende marokkanische Wahrheitskommission »Instance Equité et Réconciliation« (IER) in dieser Kategorie geführt werden, obwohl sie offiziell nicht als Nationaler Dialog bezeichnet werden. Der Nationale Dialog in Jordanien während der Herrschaft König Husseins wiederum, unter dem lediglich regelmäßig stattfindende informelle Gespräche zwischen herrschenden und oppositionellen Eliten außerhalb des Parlaments verstanden wurden (Dieterich 2002: 135), wird zwar von der Definition leidlich abgedeckt und kann, ebenso leidlich, einer der beiden idealtypischen Funktionen zugeordnet werden. Er unterscheidet sich allein aufgrund des informellen und langfristigen Charakters jedoch von den meisten anderen Nationalen Dialogen. Zum anderen stellen die hier besprochenen Funktionen daher weder einen geeigneten Analyserahmen für die Kategorisierung noch für die Bewertung Nationaler Dialoge bereit.

Die arabische Welt ist im weltweiten Vergleich neben Afrika und Lateinamerika eine der Weltregionen, in denen Nationale Dialoge

schwerpunktmäßig in Erscheinung treten. Ihr zahlenmäßig hohes Aufkommen ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass es sich um eine der konfliktreichsten Weltregionen handelt (Sørli et al. 2005: 142 ff.) und Nationale Dialoge offensichtlich als ein wichtiges Instrument der Konfliktregelung auf nationaler Ebene gelten. Ebenfalls auffallend ist, dass Nationale Dialoge zumeist in autoritären Staaten geführt werden bzw. in solchen, in denen ein einsetzender Transformationsprozess autoritärer Strukturen zu verzeichnen ist.⁴ Die sozialwissenschaftlichen Theorien und Forschungsansätze, die hier zur Erarbeitung eines Analyserahmens herangezogen werden, sind entsprechend in der Transformations-, Autoritarismus- und Konfliktforschung beheimatet: die akteurszentrierte Transitionsforschung, die vor dem Hintergrund der in den 1970er Jahren einsetzenden »Dritten Welle der Demokratie« (Huntington) entwickelt wurde; die strukturorientierte Autoritarismusforschung, die sich der Ursachenanalyse für das Ausbleiben von Demokratisierungsprozessen u.a. in der arabischen Welt widmet; und schließlich die Theorien der Transitional Justice- und Conflict Resolution-Ansätze, die sich der Konfliktforschung zurechnen lassen. Zwar wird die Erscheinung des Nationalen Dialogs in keinem Ansatz explizit behandelt. Dennoch können aus ihnen wichtige Aussagen in Bezug auf diesen abgeleitet werden.

Aus Sicht der akteurszentrierten Transitionsforschung lassen sich Nationale Dialoge als ein Verhandlungsprozess zwischen herrschenden und oppositionellen Eliten in einer Phase der Demokratisierung verstehen, der lanciert wird, wenn herrschende Eliten angesichts massiven Drucks der Opposition kalkulieren, dass Verhandlungen und hieraus resultierende Zugeständnisse weniger Kosten verursachen als die Niederschlagung der Proteste. In den Verhandlungen sind die gemäßigten Kräfte auf beiden Seiten federführend, wobei deren Erfolg nicht zuletzt auch von der Einbindung der Radikalen abhängt. Die Verständigungen zwischen Regime und Opposition werden in formellen oder informellen Pakten festgehalten, die nicht nur Vereinbarungen über die Neuverteilung der

4. Nationale Dialoge sind, wenngleich in geringerer Anzahl, auch in demokratischen Systemen vorzufinden. Allerdings zielen diese Dialoge nicht auf die grundsätzliche Neuverhandlung politischer Herrschaft, sondern auf die Erreichung eines gesellschaftlichen Konsenses in einer relevanten Frage ab und sind somit der zweiten idealtypischen Funktion zuzuordnen. Projekte wie der bundesdeutsche Bürgerdialog für Nachhaltigkeit (siehe: <http://www.dialog-nachhaltigkeit.de/>) lassen sich dann aus dem Blickwinkel des Neokorporatismus oder der Theorien der direkten Demokratie untersuchen.

politischen Macht enthalten, sondern gleichsam grundlegende Interessen aller beteiligten Akteure berücksichtigen. Teilen der herrschenden Eliten wird daher häufig Immunität vor strafrechtlicher Verfolgung gewährt, was für diese nicht selten die zentrale Bedingung für die Zustimmung zu solchen verhandelten Transitionen darstellt. Der Erfolg der Verhandlungen, die in ehemaligen Ostblockstaaten im Rahmen der sogenannten Runden Tische geführt wurden, ist jedoch noch keine Garantie für eine erfolgreiche Demokratisierung. Deren weiterer Verlauf hängt zudem wesentlich vom Kräfteverhältnis der an den Verhandlungen beteiligten Akteure ab sowie von der Position des Militärs, das in den Transitionsprozess ebenso eingebunden werden muss (Bos 1994: 94 ff.).

Die Hoffnungen, die derzeit von demokratischen Akteuren in der Region mit der Abhaltung Nationaler Dialoge verbunden sind, ruhen auf Verhandlungsprozessen, wie sie von der akteurszentrierten Transitionsforschung beschrieben werden. Auch die 2005 von mehreren syrischen Oppositionsparteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen veröffentlichte »Damaszener Erklärung für Nationalen Wandel« erkennt in einem Nationalen Dialog den ersten Schritt auf dem Weg zu einem demokratischen Systemwechsel und adressiert ganz gezielt auch das Militär und Teile der Baath-Partei, die in den Transitionsprozess mit einbezogen werden und, so kann man zwischen den Zeilen lesen, in den Genuss von Straffreiheit kommen sollten.⁵ Keiner der in der Vergangenheit abgehaltenen Nationalen Dialoge der arabischen Welt, die zumindest äußerlich dem Charakter z.B. der Verhandlungsprozesse in Osteuropa ähnelten, konnte jedoch vergleichbare Ergebnisse aufweisen. Die regionale Autoritarismusforschung geht daher davon aus, dass Nationale Dialoge letztendlich zur Stabilisierung autoritärer Herrschaft beigetragen haben, da »liberalisierte Autokratien« (Brumberg 2002) durch sie oder durch die Einführung quasi-demokratischer Verfahren und Institutionen die eigene Legitimationsbasis ausweiten konnten, ohne dabei ihre autoritären Strukturen wesentlich zu verändern. Ganz allgemein wird davon ausgegangen, dass in der politischen Kultur der arabischen Welt keine »Vertragstradition« (Ayubi 1995: 398) verankert ist, d.h. Verhandlung zwischen herrschenden und oppositionellen Eliten, die in einen Vertrag zwischen Herrschern und Beherrschten münden, Ausnahmeerscheinungen darstellen. Vielmehr sei die ressourcenreiche Region ge-

5. Für den Text der Erklärung siehe al Rai, 6.10.2011; <http://www.arracc.com/modules.php?name=News&file=article&sid=6687> (aufgerufen am 21.11.06).

prägt von »informellen Pakten« zwischen Regime und Bevölkerung, die wohlfahrtsstaatliche Versorgung im Tausch gegen politischen Quietismus vorsehen (z.B. Heydemann 2007). Nationale Dialoge stellen aus diesem Blickwinkel also nicht mehr als ein herrschaftsstabilisierendes Element dar.

Aus dem in der Konfliktforschung angesiedelten Transitional Justice-Ansatz wiederum lässt sich eine andere Perspektive auf den Nationalen Dialog entwickeln. Dieser relativ junge Ansatz stellt den Aspekt der Gerechtigkeit in Transitionsgesellschaften in den Vordergrund der Analyse und untersucht gerichtliche und außergerichtliche Formen der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen in den Vorgängerregimen. Dieser Aufarbeitung, so die Annahme, kommt eine zentrale Bedeutung bei der zivilen Konflikttransformation und der Konsolidierung eines demokratischen Systemwechsels zu. Nationale Dialoge können hierbei gleich mehrere Aufgaben erfüllen. So können Wahrheitskommissionen wie die bereits erwähnte marokkanische IER dazu beitragen, strafrechtlich nicht mehr zu ahndende Menschenrechtsverletzungen zu benennen und ins öffentliche Bewusstsein zu tragen (Niethammer 2007: 19). Sie sind wie im marokkanischen Fall (Dennerlein & Hegasy 2007: 105) oftmals gekoppelt mit Reparationszahlungen. In traumatisierten Post-Konfliktgesellschaften unterstützen Nationale Dialoge wie Dialogprojekte im Allgemeinen (Lederach 1997: 35) zudem die gegenseitige Wiederannäherung ehemaliger Konfliktparteien sowie den Wiederaufbau gegenseitigen Vertrauens. Sie sind insofern wichtiger Bestandteil der zivilen Konflikttransformation, als sie dabei helfen, die Vorstellung einer gemeinsamen Zukunft in ehemaligen Konfliktgesellschaften zu etablieren (Kayser-Whande & Schell-Faucon 2008: 37 ff.). Dieser Aspekt stellt beispielsweise einen Schwerpunkt im geplanten Nationalen Dialog im Jemen dar, mit dem in der Periode nach Ali Abdullah Salih versucht werden soll, tief greifende regionale und konfessionelle Spannungen abzubauen, die drohende Abspaltung des Südens zu verhindern sowie zu einer nachhaltigen Regelung des sogenannten Huthi-Konflikts zu gelangen.⁶ Unter diesem Gesichtspunkt können auch dem 2003 initiierten Forum für den Nationalen Dialog in Saudi-Arabien, dessen Teilnehmer lediglich Emp-

6. Vgl. das in Vorbereitung auf den Nationalen Dialog von Vertretern aller sozialer Gruppierungen verfasste, 69 Seiten starke Papier »Ruya al-inqadh al-watani« (Vision der nationalen Rettung) auf Al-tagheer.com, 9.09.2009; <http://www.al-tagheer.com/news10739.html> (aufgerufen am 12.11.09).

fehlungen an das Herrscherhaus aussprechen dürfen, positive Funktionen zugesprochen werden, da dieses zu bestimmten Themen neben sunnitischen Wahhabitben auch Sufis und Schiiten an einen Tisch brachte, die von der wahhabitischen Staatsdoktrin als Häretiker diskriminiert und teilweise verfolgt werden (Drewes 2010: 32 ff.). Der Nationale Dialog bietet aus Sicht des Transitional Justice-Ansatzes also ein wichtiges Instrument der Vergangenheitsaufarbeitung, wobei in diesem Kontext ein weiterer Aspekt relevant ist. Zwar anerkennt der Ansatz die gerichtliche Verfolgung vergangener Menschenrechtsverletzungen als *eine* stabilisierende Maßnahme in Post-Konfliktgesellschaften, betont jedoch gleichzeitig die Vorzüge außergerichtlicher Verfahrensweisen wie die des Nationalen Dialogs, die »ohne provokante Abrechnung« (Niethammer 2007: 27) auskommen.⁷ Dies ist insofern bedeutsam, als die strafrechtliche Verfolgung alter Eliten, wie das aktuelle Beispiel Ägyptens zeigt, zu neuen gesellschaftlichen Spannungen⁸ und zu einer Lahmlegung von Justiz und Wirtschaft in der Transitionsphase führen kann (Roll 2011: 3).

Eine Sonderform stellen Nationale Dialoge unter Vermittlung einer dritten Partei dar. Die Anwesenheit eines Mediators, der, um akzeptiert zu werden, über eine Äquidistanz zu den Konfliktparteien verfügen muss, erfüllt dabei mindestens zwei Funktionen. Zum einen garantiert er theoretisch ein faires Verfahren und überwacht die anschließende Implementierung der getroffenen Beschlüsse. Diese Überlegungen lagen etwa der Forderung nach einem Nationalen Dialog unter arabischer oder internationaler Vermittlung seitens der parteipolitischen Opposition im Jemen vor Ausbruch der dortigen Aufstände im Februar 2011 zugrunde. Zu diesem Zeitpunkt sollte der Nationale Dialog zwischen Opposition und dem regierenden Allgemeinen Volkskongress, der bereits seit 2006 von Präsident Ali Abdullah Salih in Aussicht gestellt worden war, vor

7. Empirische Untersuchungen zeigen allerdings, dass es nach einem Systemwechsel auch dann zu strafrechtlichen Verfolgung vergangener Straftaten kommen kann, wenn den ehemals herrschenden Eliten in Pakten Straffreiheit zugesagt wurde (Nalepa 2004). Internationale Menschenrechtsorganisationen weisen in solchen Paktverhandlungen zudem regelmäßig darauf hin, dass das internationale Recht bei schweren Menschenrechtsverletzungen keine Straffreiheit vorsieht, Immunitätsversprechen entsprechend völkerrechtswidrig seien. Vgl. Human Rights Watch, 12. Mai 2011: Revoke Immunity Promise to Salih; <http://www.hrw.org/en/news/2011/05/12/gulf-cooperation-council-revoke-immunity-promise-salich> (aufgerufen am 13.05.11).

8. SZ, 25.05.2011: Mubarak wird vor Gericht gestellt.

Tabelle 1:
Nationaler Dialog in theoretischer Perspektive

	<i>Theorieansatz/Forschungsstrang:</i>		...
	<i>Autoritarismusforschung</i>	<i>Akteurszentrierte Transitions- theorie</i>	
<i>Funktion des Nationalen Dialogs:</i>	Mittel zur Stabilisierung autoritärer Herrschaft durch Ausbau der Legitimationsbasis Wichtiger als formelle Verträge sind informelle Verträge/Pakte	Rahmen zur Aushandlung eines demokratischen Systemwechsels zwischen herrschenden und oppositionellen Eliten »Pacted transitions« als erfolgversprechendster Weg der Demokratisierung	
<i>Definition zentraler Begriffe:</i>	»[S]ocial pacts are defined not just by formal institutional arrangements that include modes of governance and resource allocation but also by closely related <i>informal</i> modes of governance and resource allocation.« Heydemann (2007: 22)	»A pact can be defined as an explicit, but not always publicly explicated or justified, agreement among a select set of actors which seek to define (or better, to redefine) rules governing the exercise of power on the basis of mutual guarantees for the ›vital interests‹ of those entering into it«. O'Donnell & Schmitter (1986: 37)	
<i>Erfolgsbedingungen:</i>	–	Hohes Konfliktpotenzial oppositioneller Eliten Einbindung der radikalen Kräfte auf beiden Seiten sowie des Militärs Zustandekommen eines Paktes	

...	<i>Theorieansatz/Forschungsstrang:</i>	
	<i>Transitional Justice</i>	<i>Conflict Resolution</i>
	Mittel zur außergerichtlichen Aufarbeitung vergangener Menschenrechtsverletzungen	Mittel zur prozess-orientierten Regelung eines Konflikts Oftmals erfolgen Verhandlungen politischer Eliten unter Mediation durch externe Partei
	»Transitional justice can be defined as the conception of justice associated with periods of political change characterized by legal responses to confront the wrongdoings of repressive predecessor regimes.« Teitel (2003: 69)	Mediation is »a process of conflict management, related to but distinct from the parties' own negotiations, where those in conflict seek the assistance of, or accept an offer of help from, an outsider [...] to change their perceptions or behavior, and do so without resorting to physical force or invoking the authority of law.« Bercovitch (1997: 130)
	Inklusion aller Konfliktparteien, breiter Bevölkerungsschichten, Opfergruppen institutionelle Unabhängigkeit von staatlichen und parteipolitischen Organisationen	Wahl und Anwendung von Kommunikationsstrategien (Vertrauensschaffung, Informationsversorgung etc.) Formulierungsstrategien (Agenda-setting, Unterbreitung von Lösungsvorschlägen etc.) Manipulative Strategien (Informationsfilterung; Schaffung von Anreizen etc.) durch Mediator

allem der Aushandlung von Verfassungsreformen gelten. Ein Mediator bedeutete aus Sicht der Opposition daher eine Art Schutz vor einer Übervorteilung durch das autoritäre Regime. Zum anderen sind besonders im Falle langjähriger gewaltförmiger Konflikte die Fronten zwischen den Konflikt- oder Bürgerkriegsparteien so verhärtet, dass Gespräche oftmals nur unter Vermittlung Dritter zustande kommen. Diese Erscheinung des Nationalen Dialogs wird indirekt von den prozessorientierten Conflict Resolution-Ansätzen thematisiert. In diesen »ambitioniertesten dialogbasierten Vorhaben« (Ropers 2004: 261) ist der Mediator, oftmals ein erfahrenes Staatsoberhaupt, verantwortlich für den Aufbau gegenseitigen Vertrauens sowie die Entwicklung alternativer Ideen, Vorschläge oder praktischer Maßnahmen, die einen Interessenausgleich zwischen den rivalisierenden Gruppierungen schaffen sollen. Die zentrale Herausforderung besteht für den Vermittler hierbei in der Errichtung neuer Kommunikationsstrukturen, wobei der Erfolg des Nationalen Dialogs unmittelbar von der Persönlichkeit und den Verhandlungsstrategien des Mediators abhängt (Bercovitch 1997).⁹ Das wohl bekannteste Beispiel in der Region ist das Zustandekommen des Taif-Abkommens vom 22. Oktober 1989. Hier gelang es einem Mediationskomitee der Arabischen Liga, bestehend aus den Staatsoberhäuptern Algeriens, Saudi-Arabiens und Marokkos, zunächst, die am libanesischen Bürgerkrieg beteiligten libanesischen Kräfte und externen Mächte zu einem Waffenstillstand zu bewegen, um hieran anschließend die Mitglieder des libanesischen Parlaments im saudischen Taif zu Friedensverhandlungen zu versammeln (Saseen 1990: 67). Nach erfolgreichem Abschluss der Verhandlungen, die allerdings unter maßgeblichem externem Einfluss geführt wurden, endete der seit 1975 andauernde libanesischer Bürgerkrieg offiziell am 5. November 1989 mit der Ratifizierung des Dokuments. Ein Beispiel jüngerer Datums ist der zu Beginn dieses Jahres in Kairo initiierte palästinensische Nationale Dialog zwischen Fatah und Hamas unter Vermittlung des ägyptischen Geheimdienstchefs Umar Sulayman,¹⁰

9. So wird das Scheitern der Initiativen des Golfkooperationsrats, die einen Kompromiss zwischen Opposition und Regime im Jemen im Frühjahr 2011 zu erreichen beabsichtigten, von einem Beteiligten auch auf die Unerfahrenheit des neuen Generalsekretärs, Abdul-Latif Al-Zayani, zurückgeführt. Al-Quds al-Arabi, 1.06.2011: Asbab inhiyar al-mubadara al-khalijyya (*Die Gründe für das Scheitern der Golf-Initiative*); <http://alquds.co.uk/index.asp?fname=today\01qpt999.htm&arc=data\2011\06\06-01\01qpt999.htm> (aufgerufen am 3.06.11).

10. FAZ, 26.02.2011: Nationaler Dialog beginnt in Kairo.

der im Mai schließlich in ein Versöhnungsabkommen zwischen den rivalisierenden Parteien mündete.

Nationale Dialoge in der arabischen Welt: Erfahrungen der Vergangenheit

Nationale Dialoge erfüllen folglich aus theoretischer Perspektive gleich mehrere Funktionen: Sie bieten Konfliktparteien einen Rahmen zur Konfliktregelung und zum Aufbau einer politischen Neuordnung der Post-Konfliktperiode, oftmals unter Vermittlung Dritter; ferner können sie politischen Eliten in einer Demokratisierungsphase zur Aushandlung neuer politischer Strukturen und, in der anschließenden Konsolidierungsphase, der Vergangenheitsaufarbeitung dienen. Die Bilanz der bis zu Beginn des arabischen Frühlings geführten Nationalen Dialoge stellt jedoch die auf den ersten Blick verheißungsvollen theoretischen Aussagen infrage. Die Beständigkeit autoritärer Strukturen in der arabischen Welt bis zu Beginn dieses Jahres scheint vielmehr die Annahmen der Autoritarismusforschung zu bestätigen, wonach sie vornehmlich ein Instrument der Herrschaftsstabilisierung autoritärer Eliten darstellen. Um die Erfolgsaussichten der aktuell anstehenden oder bereits lancierten Nationalen Dialoge als mögliches Instrument zur Aushandlung eines Systemwechsels in der Region bewerten zu können, wird daher in Ergänzung zu den oben diskutierten theoretischen Aussagen ein kursorischer Blick auf einige Fallbeispiele der Vergangenheit geworfen.

In ihrer 1999 erschienenen Monografie *Legislative Politics in the Arab World* untersuchen Abdo Blini, Guilain Deneoux und Robert Springborg die Entstehung und die Rolle von Parlamenten in ausgewählten arabischen Staaten (Libanon, Marokko, Jordanien, Kuwait, Jemen, Ägypten). In dieser Untersuchung, in welcher die der »Dritten Welle der Demokratie« folgenden neuen Erkenntnisse der Transitionsforschung auf die arabische Welt angewandt wurden, thematisieren die Autoren ebenfalls die Bedeutung Nationaler Dialoge in dem, was sie als langsamen, aber stetigen Demokratisierungsprozess wahrnehmen (31). Ihrer Analyse zufolge stellen die Nationalen Dialoge, die mit Ausnahme Kuwaits in allen von ihnen untersuchten Staaten in den 1980er und 1990er Jahren geführt wurden, einen wichtigen Schritt auf dem Weg der Demokratisierung in der arabischen Welt dar, da sie den »Zugang zu repräsentativen Institutionen« erweiterten und deren »institutionelle Vorrechte« auswei-

Tabelle 2:
Nationaler Dialog in der arabischen Welt (1980–2011)

		<i>initiiert durch:</i>	
		<i>herrschende Eliten</i>	...
<i>initiiert zum Zeitpunkt:</i>	<i>ex ante:</i> vor Ausbruch herrschafts- u./o. systemgefährdender Unruhen	z.B.: ▶ ÄGYPTEN (1994, 2005) ▶ ALGERIEN (2011) ▶ BAHRAIN (2011**) ▶ JORDANIEN (1989–1991 [<i>u.a. Nationaler Kongress</i>]; seit 2002 [<i>Jordan First</i>]; 2011) ▶ MAURETANIEN (2010) ▶ SAUDI-ARABIEN (seit 2003)	
	<i>ex post:</i> I. nach Ausbruch herrschafts- u./o. systemgefährdender Unruhen	z.B.: ▶ ÄGYPTEN (2011****) ▶ SYRIEN (2011) ▶ TUNESIEN (2011****)	
	II. nach Ausbruch eines Bürgerkriegs*	z.B.: ▶ ALGERIEN (1993–1994) ▶ IRAK (seit 2006*****)	

Abkürzungen – AL: Arabische Liga; COW: Correlates of War-Projekt, University of Michigan; GEF: Global Environment Facility; IER: Instance Equité et Réconciliation; ND: Nationaler Dialog; UNDP: United Nations Development Programme

Anmerkungen – **Bürgerkrieg*: Der gängigen COW-Definition zufolge ist ein Bürgerkrieg charakterisiert durch organisierte militärische Kampfhandlungen mit aktiver Beteiligung der Regierung und mindestens 1000 Toten p.a., wobei mind. 5% der Tötungen nicht-staatlichen Akteuren zugeschrieben werden; **In *Bahrain* 2011 wurde der ND angekündigt, als Proteste herrschaftsgefährdend waren, aber erst nach Nieder-

<i>initiiert durch:</i>		
...	<i>herrschende und oppositionelle Eliten</i>	<i>externe Akteure</i>
	z.B.: ► JEMEN (1994; 2010***) ► LIBANON (seit 2006) ► MAROKKO (2004–2005 [IER])	z.B.: ► MAROKKO (2006 [ND zu Umweltfragen in Marrakesch, initiiert durch GEF, implementiert durch UNDP])
	–	–
	z.B.: ► SUDAN (1989) ► LIBYEN (2011****)	z.B.: ► LIBANON (1983 [Kongress für ND in Genf, initiiert durch Syrien]; 1989 [in Taif, initiiert durch AL]; 2008 [in Doha, initiiert durch Katar]) ► PALÄSTINENSISCHE AUTONOMIEGEBIETE (2005 u. 2011 [in Kairo, initiiert durch Ägypten])

schlagung der Proteste durch saudische Truppen initiiert; ***Jemen: bereits 2006 einigten sich Regime und Opposition auf Durchführung eines ND, der bislang jedoch noch nicht initiiert wurde; seit 2010 ist aber ein Vorbereitungskomitee aktiv; ****So-wohl in Ägypten als auch Tunesien 2011: Ankündigung eines ND unmittelbar vor Sturz des Staatsoberhauptes; in Ägypten begann der ND am 8. Februar, dauerte allerdings nur wenige Tage, dann erneute Aufnahme am 30. März; *****Irak: institutionalisiert im Ministerium für ND und Versöhnung; Libyen: ND angekündigt durch den Nationalen Übergangsrat am 5. Mai 2011.

teten (42). In diesen »verhandelten Transitionen« (30) verfolgten sowohl herrschende als auch oppositionelle Eliten bestimmte Ziele. Seitens der herrschenden Regime waren Nationale Dialoge ein Mittel zur Steigerung ihrer Legitimität und zur Erweiterung der Anhängerbasis;¹¹ zur Befriedung der Opposition, deren Forderung nach politischer Partizipation immer lauter vorgetragen wurde; zur Einbindung oppositioneller Akteure bei der Verabschiedung unpopulärer Maßnahmen wie die von IWF und Weltbank auferlegten Strukturanpassungsprogramme; und zur Verhinderung des Zusammenbruchs der politischen Ordnung bzw. zum Wiederaufbau derselben nach Beendigung eines Bürgerkriegs (38 f.). Oppositionelle Eliten hingegen beabsichtigten durch ihre Teilnahme in erster Linie die Einführung parlamentarischer Institutionen, die Stärkung der Stellung des Parlaments im politischen Gefüge und/oder ihre Zulassung zum Parlament durchzusetzen, wohingegen Debatten zur Reform der Wahl- oder Parteiengesetze als weniger dringlich erachtet wurden, da diese, so die Annahme der Autoren, später ohnehin einer Novellierung durch die Parlamente unterliegen (41).

Rückblickend betrachtet erscheinen die Ergebnisse ihrer Analyse, die bereits im Jahr des Erscheinens als »fragwürdig« (Faath 1999: 234) kritisiert wurden, als zu optimistisch. Wie sich im vergangenen Jahrzehnt gezeigt hat, verursachte die Einführung von Parlamenten zumindest kurzfristig¹² keine Demokratisierung. Vielmehr gelang es den autoritären Regimen, ihre Legitimationsbasis im In- und Ausland durch die Etablierung parlamentarischer Institutionen zu steigern, die sich, ausgestattet mit unzureichenden Vollmachten und unterwandert durch informelle Herrschaftsstrukturen, als zahnlos erwiesen, zumal bereits

-
11. Renate Dieterich (2002: 131 f., 146) hat für Jordanien darauf hingewiesen, dass Begriffe wie »Nationaler Kongress«, »Nationalcharta« und entsprechend auch »Nationaler Dialog« positive Assoziationen in der Bevölkerung wecken sollen und alleine die Referenz an den Kampf arabischer Nationalisten gegen die britische Mandatsmacht legitimitätssteigernd wirken kann, selbst wenn der Nationale Dialog unter König Hussein der Bevölkerung nur wenig politische Freiheiten brachte. Dies kann sicher auch auf andere vom Kolonialismus betroffene arabische Staaten übertragen werden.
 12. Autoren wie z. B. Sonja Hegasy (2007: 211) argumentierten hingegen, dass sich die »Teilreformen« in der arabischen Welt »keineswegs notwendigerweise oder ausschließlich »systemerhaltend« auswirken, sondern »für die Veränderbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse« sensibilisieren. Sie wirkten daher »kurzfristig systemstabilisierend«, könnten sich jedoch »langfristig als Schritte zur Demokratisierung« erweisen.

die Manipulation der Wahlen eine regimerefreundliche Parlamentsmehrheit sicherstellte. Die in der Region beheimateten hybriden Systeme wurden in der Folgezeit dementsprechend unter dem Label »elektoraler Autoritarismus« (Schedler 2006) geführt. Auch die von oppositionellen Eliten in den Nationalen Dialogen erreichten politischen Zugeständnisse wirken in der Retrospektive unzureichend. Die Fokussierung der Opposition auf die Einführung parlamentarischer Institutionen in den jeweiligen Ländern war womöglich weniger der oppositionellen Überzeugung geschuldet, dass Parlamente als Schlüssel zu einer umfassenden Demokratisierung anzusehen sind, als vielmehr ihrer eigenen Schwäche: Offensichtlich musste man sich aufgrund der mangelnden Konfliktfähigkeit auf einen Punkt konzentrieren, da zusätzliche Forderungen wie die Liberalisierung des Partei- oder Wahlgesetzes nicht durchsetzbar waren. Bei der Evaluation der Erfolgsaussichten Nationaler Dialoge in politischen Transitionsprozessen sollten daher vier Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

(a) Wer initiiert den Nationalen Dialog?

Der Initiator eines Nationalen Dialogs ist Herr des Verfahrens. Er sorgt nicht nur für die organisatorischen Rahmenbedingungen, sondern legt vor allem fest, wer teilnehmen darf und welche Themen behandelt werden. Diese beiden Punkte sind, wie bereits erwähnt, entscheidende Kriterien. Ein Konflikt kann nur erfolgreich beigelegt werden, wenn alle involvierten Akteure in die Verhandlungen mit einbezogen werden. Im Falle des Jemen etwa zeigte sich das Regime bis vor wenigen Monaten nicht bereit, Vertreter der Süd- und Huthi-Bewegung als Teilnehmer zu dem in Aussicht gestellten Nationalen Dialog einzuladen, und verhinderte somit bereits im Vorhinein eine Regelung der beiden schwersten Konflikte. In Ägypten wie in vielen anderen arabischen Staaten krankten die Nationalen Dialoge der vergangenen Jahrzehnte regelmäßig daran, dass der Muslimbruderschaft und somit der größten oppositionellen Kraft der Zugang verweigert wurde. Der Initiator bestimmt darüber hinaus, welche Themen behandelt werden, und herrschende Eliten neigen dazu, sensible Themen von der Agenda auszusparen, wenn es die Situation erlaubt. Im Falle des 1991 tagenden Nationalen Kongresses in Jordanien kam beispielsweise eine der wichtigsten oppositionellen Forderungen, die Einführung eines Verfassungsgerichts, gar nicht erst auf die Tagesordnung. Nationale Dialoge werden allerdings, von wenigen Ausnahmen

wie z. B. dem Nationalen Dialog im Jemen 1994 abgesehen, schon aus formalen Gründen von staatlicher Seite lanciert. Zentral ist daher die Frage, aus welcher Position heraus die herrschenden Eliten einen Nationalen Dialog initiieren, und diese Frage ist wiederum eng verbunden mit dem Zeitpunkt der Initiierung.

(b) Zu welchem Zeitpunkt erfolgt die Initiierung des Nationalen Dialogs?

Der Zeitpunkt der Initiierung kann Aufschluss über die Kräfteverhältnisse zwischen herrschenden und oppositionellen Eliten und somit über deren Verlauf und Ausgang gemäß demokratisierungstheoretischer Aussagen geben. Nur eine konfliktfähige Oppositionsbewegung, die u. a. über ausreichende materielle und immaterielle Ressourcen, belastungsfähige Organisationsstrukturen und/oder eine breite, mobilisierbare Anhängerschaft verfügt, verhandelt auf Augenhöhe mit den herrschenden Eliten. Nur sie kann Einfluss auf die Auswahl der Teilnehmer und der zu behandelnden Themen nehmen sowie die Ergebnisse der Verhandlungen zu ihren Gunsten beeinflussen, etwa durch Androhung von Boykott und einer Rückkehr zu eskalierenden Strategien. Herrschende Eliten leiten Nationale Dialoge jedoch gerade deswegen ein, um der Entstehung einer solchen konfliktfähigen Oppositionsbewegung, welche durch umfassende, landesweite und langwierige Proteste die eigene Herrschaft gefährdet, vorzubeugen. In diesem Fall erfüllen Nationale Dialoge lediglich die Funktion eines Druckventils. Der am 4. Juni beendete Nationale Dialog in Jordanien ist erneut ein passendes Beispiel hierfür. Im Gegensatz zu Tunesien und Ägypten hatten die Proteste in Jordanien noch kein herrschaftsgefährdendes Ausmaß angenommen, der im März initiierte Nationale Dialog sollte entsprechend der Verhandlung einzelner politischer Reformen, nicht aber des Herrschaftssystems als solches dienen. Ein hochrangiger Vertreter der Islamischen Aktionsfront begründete entsprechend den Boykott seiner Partei wie folgt: »Dieses Komitee [für den Nationalen Dialog] ist nicht das erste seiner Art, (...) und die vorhergehenden führten zu keinerlei tatsächlichem Wandel.« Eine Teilnahme sei folglich reine »Zeitverschwendung«.¹³ Isa al-Shariqi, Mitarbeiter der der schiitischen Wifaq-Partei nahestehenden al

13. Al-Hayat, 20. März 2011: Lajna al-hiwar al-watani fi-l-Urdun ta'qid ula jalsatha fi ghiyab al-islamiyin (*Erste Sitzung des Komitees für den Nationalen Dialog in Jordanien in Abwesenheit der Islamisten*).

Tajdeed Cultural & Social Society, warnte hingegen noch vor der Niederschlagung der Proteste in Bahrain vor einer Teilnahme am Nationalen Dialog, da es das »grundlegende taktische Ziel« des Königshauses sei, »die Protestierenden angesichts der Vielzahl der im Rahmen des Nationalen Dialogs zu behandelnden Themen zu entzweien«.14

(c) Sind die im Nationalen Dialog getroffenen Beschlüsse bindend?

Ein entscheidendes Kriterium bei der Bewertung Nationaler Dialoge ist darüber hinaus die Frage, ob die von den Teilnehmern getroffenen Beschlüsse verbindlich sind oder bloß empfehlenden Charakter haben. Nur wenn die Beschlüsse bindend sind und von der Regierung implementiert werden müssen, können sie als Pakte im demokratisierungstheoretischen Sinne gelten. Bislang wurden die Beschlüsse aller in der arabischen Welt geführten Nationaler Dialoge, inklusive dem soeben in Jordanien beendeten, lediglich als Empfehlungen behandelt, deren Umsetzung vom Gutdünken der herrschenden Eliten abhängig waren. Einzig die Feststellung von Entschädigungsansprüchen der marokkanischen Wahrheitskommission IER, die zwar per königlichem Dekret eingesetzt, aber v. a. durch oppositionellen Druck zustande kam, wurden mehrheitlich positiv beschieden (Dennerlein & Hegasy 2007: 105 f.); jedoch handelte es sich bei der IER lediglich um ein Instrument der Versöhnungspolitik, politische Reformen waren kein Bestandteil der Verhandlungsmasse.

(d) In welcher Umgebung findet der Nationale Dialog statt?

Dass die Beschlüsse Nationaler Dialoge nur empfehlenden Charakter haben, kann auch religiös begründet werden. Dies zeigt sich etwa in der Rede König Abdullahs anlässlich der Eröffnung des saudischen Zentrums für den Nationalen Dialog. Hier legitimiert er diesen zunächst unter Berufung auf die frommen Altvordenen: »Die Regeln des Dialogs müssen den Vorgaben der frommen Vorfahren entsprechen, denen nachzuahmen sich das Volk des Königreiches verschrieben hat.« Der Nationale Dialog sei daher »ein Kanal für verantwortungsbewusste Meinungsäußerungen«, die von den Dialogpartnern getroffenen Entscheidungen jedoch aus-

14. Tajdeed.org, o.D.: Hiwar al-anfus al-shuhh (*Der kleinliche Dialog mit uns selbst*); online: <http://www.tajdeed.org/article.aspx?id=11544> (aufgerufen am 3.05.11).

schließlich »konstruktive Empfehlungen«. ¹⁵ Abdullah spielt in seiner Rede auf das koranische Prinzip des *shura* (Konsultation) an, welches im Grunde in jedem Nationalen Dialog zur Geltung kommt, hier aber herrschaftsfreundlich interpretiert wird. Nach islamischer Rechtslehre hat die Einberufung eines beratenden Gremiums in Fragen der Rechtsprechung und politischer Entscheidungen einen hohen Stellenwert. Seit jeher strittig ist jedoch, ob die durch das Beratungsgremium abgegebenen Empfehlungen für den Empfänger bindend sind oder nicht (van Ess 2001: 156 f.). Faktoren der politischen Kultur können entsprechend von herrschenden Eliten instrumentalisiert werden, wirken in anderen Fällen aber auch begünstigend. Eine vergleichende Untersuchung der im libanesischen und algerischen Bürgerkrieg geführten Nationalen Dialoge etwa kommt zu dem Ergebnis, dass die Integration traditioneller regionaler Ansätze der Konfliktregelung wie *tabkim* (Streitschlichtung), *sulh* (Versöhnung) und *shura* wesentlich über Erfolg oder Misserfolg entscheiden (MacQueen 2009). Ebenso kann die Diskussions- und Dialogkultur eines Landes positiven oder negativen Einfluss auf Nationale Dialoge entfalten (Heibach 2011: 137 f.).

Nationale Dialoge im arabischen Frühling: Pakt oder Mogelpackung?

Nationale Dialoge können folglich nur dann als geeignetes Instrument zur Aushandlung politischer Transitionen angesehen werden, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt werden. Ausschlaggebend hierbei ist, dass die Konfliktfähigkeit oppositioneller Eliten ausreichend hoch ist, um diese Ausgangsbedingungen maßgeblich beeinflussen zu können. Vergangene Nationale Dialoge in der arabischen Welt, in denen die Opposition nur unzureichenden Einfluss auf Struktur und Verfahrensfragen nehmen konnte, verliefen daher aus Sicht der Opposition und breiter Bevölkerungsschichten unbefriedigend. Auch aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, dass sich die Protestbewegung weder in Tunesien noch in Ägypten auf einen Nationalen Dialog einließ, obwohl dieser sowohl von Ben Ali als auch von Husni Mubarak in ihren jeweils letzten Reden angekündigt wurde.

15. Das Grußwort vom 3. August 2003 ist online einzusehen auf der Homepage des Zentrums: http://www.kacnd.org/king_word.asp (aufgerufen am 30.05.11).

In Syrien und Bahrain werden die derzeit laufenden Nationalen Dialoge keine nennenswerten Veränderungen erbringen, von einer durch sie eingeleiteten Demokratisierung ganz zu schweigen. In Bahrain ist dies spätestens seit der Niederschlagung der Aufstände durch saudische Truppen offensichtlich. Der Nationale Dialog dient dort dann auch in der offiziellen Bezeichnung bloß noch dem »Heilungsprozess« des Landes. Die größte Oppositionspartei, die schiitische Wifaq, die nur vier der 300 Teilnehmer stellen darf, nahm an den ersten Sitzungen Anfang Juli entsprechend nur auf Drängen der Vereinigten Staaten teil,¹⁶ hat sich aktuell aber von den »Verhandlungen« zurückgezogen. Der ebenfalls Anfang Juli initiierte Nationale Dialog in Syrien ist schon aufgrund der ihn begleitenden brutalen Unterdrückung der Proteste eine Farce und wurde entsprechend von Beginn an von der Opposition boykottiert. Nur im Jemen könnte der noch ausstehende Nationale Dialog einen wirklichen Beitrag zu einem Systemwechsel und zur Konfliktregelung leisten. Angesichts vergangener und aktueller Erfahrungen ist allerdings auch hier eine gewisse Skepsis durchaus berechtigt.

Literatur

- Abdel Samad, Ziad und Kinda Mohamadieh (2011): »The Revolutions of the Arab Regions. Socio-economic Questions at the Heart of Successful Ways Forward«, in: Perspectives. Political Analysis and Commentary from the Middle East, Special Issue: People's Power. The Arab World in Revolt, Mai, 2, 112–118.
- Abdalla, Ahmed (2004): »Egypt,« in: Sigrid Faath (Hrsg.): *Politische und gesellschaftliche Debatten in Nordafrika, Nah- und Mittelost. Inhalte, Träger, Perspektiven*. Hamburg: DOI, 55–76.
- Ayubi, Nazih N. (1995): *Over-stating the Arab State. Politics and Society in the Middle East*. London: I.B.Tauris.
- Blini, Abdo, Guilain Denoëux und Robert Springborg (1999): *Legislative Politics in the Arab World. The Resurgence of Democratic Institutions*. Boulder: Lynne Rienner.
- Bercovitch, Jacob (1997): »Mediation in International Conflict. An Overview of Theory, a Review of Practice«, in: I. William Zartman und J. Lewis Rasmussen (Hrsg.): *Peacemaking in International Conflict: Methods and Techniques*. Washington D.C.: USIP Press, 125–154.
- Bos, Ellen (1994): »Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen«, in: Wolfgang Merkel (Hrsg.): *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*, 2. Aufl., Opladen: Leske + Budrich, 81–109.

16. Ft.com, 5.07.2011: US Picking Itself up in Bahrain; <http://blogs.ft.com/the-world/2011/07/us-picking-itself-up-in-bahrain/#> (aufgerufen am 14.07.11).

- Brumberg, Daniel (2002): »Democratization in the Arab World? The Trap of Liberalized Autocracy«, in: *Journal of Democracy*, 13:4, 56–68.
- Dennerlein, Bettina und Sonja Hegasy (2007): »Die marokkanische Wahrheitskommission zwischen Politik und Geschichte«, in: Christoph Marx (Hrsg.): *Bilder nach dem Sturm. Wahrheitskommissionen und historische Identitätsstiftung zwischen Staat und Zivilgesellschaft*. Münster: LIT, 102–121.
- Dieterich, Renate (2002): »The Weakness of the Ruled is the Strength of the Ruler«, in: George Joffé (Hrsg.): *Jordan in Transition*. London: Hurst & Company, 127–148.
- Drewes, Frauke (2010): »Das Nationale Dialogforum in Saudi-Arabien. Ausdruck politischer Reformen oder Stagnation?« in: Ulrike Freitag (Hrsg.): *Saudi-Arabien. Ein Königreich im Wandel?* Paderborn: Schöningh, 29–60.
- Faath, Sigrid (1999): »Systemtransformation als Forschungsgegenstand. Allgemeine Aspekte und das Fallbeispiel Arabische Welt«, in: dies. und Hanspeter Mattes (Hrsg.): *Politische Opposition in Nordafrika*. Hamburg: Edition wuqf, 189–252.
- Hegasy, Sonja (2007): »Die Mär von der arabischen Stagnation«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 52:2, 205–211.
- Heibach, Jens (2011): »Der Anfang vom Ende? Der Jemen nach Ali Abdullah Salih«, in: Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients (Hrsg.): *Proteste, Revolutionen, Transformationen – die arabische Welt im Umbruch*, Working Paper 1, Berlin: APVO, 130–146.
- Heydemann, Stephen (2007): »Social Pacts and the Persistence of Authoritarianism in the Middle East«, in: Oliver Schlumberger (Hrsg.): *Debating Arab Authoritarianism. Dynamics and Durability in Nondemocratic Regimes*. Stanford: Stanford University Press, 21–38.
- Kayser-Whande, Undine und Stephanie Schell-Faucon (2008): *Transitional Justice and Civilian Conflict Transformation. Current Research, Future Questions*, ccs Working Paper 10, Marburg: Center for Conflict Studies.
- Lederach, John Paul (1997): *Building Peace. Sustainable Reconciliation in Divided Societies*. Washington D.C.: USIP Press.
- MacQueen, Benjamin (2009): *Political Culture and Conflict Resolution in the Arab World. Lebanon and Algeria*. Carlton: Melbourne University Press.
- Nalepa, Monika (2004): *A Commitment to Amnesty? Transitional Justice after Pacted Transitions*, Paper Prepared for Presentation at the Midwest Political Science Association Meeting, Palmer House Hilton, Chicago, 18. April; http://www.allacademic.com/meta/p_mla_apa_research_citation/0/8/4/1/0/p84106_index.html (aufgerufen am 18.05.11).
- Nihammer, Lutz (2007): »Wahrheitskommissionen im Vergleich«, in: Christoph Marx (Hrsg.): *Bilder nach dem Sturm. Wahrheitskommissionen und historische Identitätsstiftung zwischen Staat und Zivilgesellschaft*. Münster: LIT, 15–35.
- O'Donnell, Guillermo A. und Philippe C. Schmitter (1986): *Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*. Baltimore: John Hopkins University Press.
- Roll, Stephan (2011): *Die Aufarbeitung von Korruption in Ägypten. Grenzen der Strafverfolgung, Chancen für außergerichtliche Wege*, swp-Aktuell 24 (April), Berlin: swp.

- Ropers, Norbert (2004): »From Resolution to Transformation. The Role of Dialogue Projects«, in: ders., Alex Austin und Martina Fischer (Hrsg.): *Transforming Ethnopolitical Conflict. The Berghof Handbook*. Wiesbaden: vs Verlag für Sozialwissenschaften, 256–269.
- Saseen, Sandra M. (1990): »The Taif Accord and Lebanon's Struggle to Regain its Sovereignty«, in: *The American University International Law Journal*, 6:1, 57–75.
- Schedler, Andreas 2006: »The Logic of Electoral Authoritarianism«, in: ders. (Hrsg.): *Electoral Authoritarianism. The Dynamics of Unfree Competition*. Boulder: Lynne Rienner, 1–23.
- Sørli, Mirjam E., Nils Petter Gleditsch und Håvard Strand (2005): »Why Is There so Much Conflict in the Middle East?« in: *Journal of Conflict Resolution*, 49: 1, 141–165.
- Teitel, Rudi G. (2003): »Transitional Justice Genealogy«, in: *Harvard Human Rights Journal*, 16, 69–94.
- van Ess, Josef (2001): »Political Ideas in Early Islamic Religious Thought«, in: *British Journal of Middle Eastern Studies*, 28:2, 151–164.